

Erziehungsmängel, aber kein Geburtsfehler

Stephan Eisel

Der Euro war ein lang ersehntes Wunschkind. Wer ihm heute einen Geburtsfehler andichtet oder ihn als zufälliges Findelkind bezeichnet, blendet die Geschichte aus.

Nach 1945 war das gemeinsame politische Ziel aller: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur!“ Man war sich einig, dass dieses Ziel nur durch die Überwindung des Nationalismus in einem vereinten Europa erreicht werden kann.

Währungsunion als frühes Ziel

Von Anfang an war dieses politische Konzept eng mit Wirtschafts- und Währungsfragen verweben. Bereits 1950 wurde die Europäische Zahlungsunion (EZU) gegründet. 1955 wurde das Europäische Währungsabkommen (EWA) unterzeichnet, das die Konvertierbarkeit der Währungen einleitete.

Der in Rom 1957 unterzeichnete Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schuf einen gemeinsamen europäischen Markt, der 1968 mit der Zollunion weiter vorangetrieben wurde. Es war auf diesem Weg nur konsequent, dass der luxemburgische Regierungschef Pierre Werner bereits 1970 den konkreten Plan für eine Währungsunion vorlegte.

Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, das seit 1949 ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung etabliert hatte, zwang die Europäer zur schnellen Reaktion: Bereits 1972 wurde der Europäische Wechselkursverbund mit einer „Währungsschlange“ beschlossen. 1979

folgte das Europäische Währungssystem (EWS) mit dem ECU (*European Currency Unit*) als gemeinschaftlicher Bezugsgröße der (noch) nationalen Währungen.

Mehr Europa im deutschen Interesse

Deutschland hat ein besonderes Interesse daran, dass die politische Integration Europas auch eine Wirtschafts- und Währungsunion umfasst: Als Exportnation ist es besonders von stabilen Währungsverhältnissen abhängig.

Allein von 1961 bis 1976 musste die DM sechsmal teilweise um bis zu zehn Prozent aufgewertet werden. Für die exportabhängige bundesdeutsche Wirtschaft war beides Gift: Die DM-Aufwertungen verteuerten deutsche Produkte im Ausland erheblich und erschwerten ihren Absatz. Zugleich wurden ausländische Produkte in Deutschland deutlich billiger angeboten und erschwerten den Absatz deutscher Produkte auf dem heimischen Markt.

Kaum ein Land in der Welt ist so stark vom internationalen Handel – und damit von Währungsschwankungen – abhängig wie Deutschland. Jeder fünfte Arbeitsplatz hängt in Deutschland direkt vom Export ab. Dabei sind die EU-Länder mit Abstand die wichtigsten Handelspartner Deutschlands.

Zur politischen Notwendigkeit der Einigung Europas kommt also gerade aus deutscher Sicht das hohe Interesse an einem gemeinsamen Wirtschaftsraum mit stabilen Währungsverhältnissen.

An diese Einsicht aller seiner Vorgänger knüpfte Helmut Kohl an, als er zu Beginn seiner Regierungszeit zunächst den Europäischen Binnenmarkt als wichtiges Ziel in Angriff nahm.

Parallel zum dadurch immer ungehinderteren Warenverkehr ermöglichte das 1985 geschlossene Schengener Abkommen den freien Personenverkehr durch die Abschaffung von Personenkontrollen im Grenzverkehr. Die Einheitliche Europäische Akte 1986 vervollständigte das Integrationspaket um eine stärkere Abstimmung der politischen Zusammenarbeit und das Ziel einer Währungsunion.

Von der Gemeinschaft zur Union

Dazu legte Kommissionspräsident Jacques Delors in enger Abstimmung mit Helmut Kohl und François Mitterrand im April 1989 einen dreistufigen Plan für eine Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) vor. Wohlgemerkt: Dies geschah alles vor dem Mauerfall. Nicht die Wiedervereinigung erzwang den Euro, sondern die deutsche Europapolitik, und das dadurch geschaffene Vertrauen in Europa ermöglichte die Verwirklichung der Wiedervereinigung.

Der Maastrichter Vertrag schrieb 1992 die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion endgültig fest, aber auch eine Unionsbürgerschaft, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die stärkere Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Außerdem wurde das Europäische Parlament gestärkt. Wer heute behauptet, die Einführung des Euro sei nicht von einer Vertiefung der politischen Integration begleitet gewesen, hat den Vertrag von Maastricht nicht gelesen.

Wunschkind mit stabiler Gesundheit

Im Maastrichter Vertrag wurde auch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank festgelegt. 1997 wurde auf dem

Amsterdamer EU-Gipfel zusätzlich der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen. Er schreibt vor, dass die Staaten die Höhe ihres jährlichen Haushaltsdefizits auf drei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf sechzig Prozent ihres BIPs begrenzen müssen.

Alles war für das Wunschkind bereitet, das dann als Euro 1999 zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr und 2002 als Bargeld das Licht der Welt erblickte. Die Geburt verlief reibungslos, der Nachwuchs war bei bester Gesundheit und entwickelte sich prächtig. So lag die Preissteigerung in den zehn Jahren seit der Euro-Einführung mit 1,6 Prozent spürbar unter der Teuerungsrate der letzten zehn DM-Jahre (2,2 Prozent).

Dass der tatsächlich geringen Inflationsrate eine „gefühlte“ Preissteigerung – zugespitzt im Begriff „Teuro“ – gegenübergestellt wurde, gehört zu den merkwürdigen psychologischen Phänomenen der Währungsumstellung. Manchmal haben es nüchterne Tatsachen schwer gegen Gefühle: Der in US-Dollar abgerechnete Ölpreis hat sich beispielsweise in den letzten zehn Jahren vervierfacht. Weil der Euro sich aber rasch zu einer starken Währung entwickelte und gegenüber dem Dollar ständig an Wert zunahm, kam diese Preissteigerung mehr als halbiert bei den deutschen Konsumenten an. Mit anderen Worten: Ohne den Euro wäre beispielsweise der Benzinpreis bei uns mehr als doppelt so hoch. Der tatsächliche Euro ist das Gegenteil des gefühlten „Teuro“.

Die gemeinsame europäische Währung hat für viele Menschen den Alltag erleichtert. Sie sind von hohen Wechselgebühren entlastet, und Preise sind über Grenzen hinweg transparenter. Für die Wirtschaft entfallen Wechselkursrisiken und Transaktionskosten in erheblichem Umfang. Ohne den Euro müssten Bürger und Wirtschaft nach Berechnungen der

EU-Kommission jährlich allein 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (circa dreißig Milliarden Euro) für die hohen Kosten beim Umtausch einer nationalen Währung in die andere ausgeben.

Erziehungsdefizite statt Geburtsfehler

Wenn heute dennoch von einer „Euro-Krise“ gesprochen wird, führt dies in die Irre. Nicht der Euro ist Ursache der Krise, sondern Fehler insbesondere in den Führungsetagen vieler Banken. Mit den Folgen wären wir auch ohne den Euro konfrontiert – ohne bei der Bekämpfung der Krise die Vorteile der gemeinsamen Währung nutzen zu können.

Auslöser der aktuellen Währungssituation ist die Bankenkrise vor fünf Jahren mit ihrer Ursache in der amerikanischen Immobilienkrise.

Der Einbruch der weltweiten Nachfrage in deren Folge hatte 2008 zu einem Einbruch der deutschen Wirtschaftsleistung um 4,7 Prozent geführt. Ohne den Euro wäre wegen der zwangsläufigen Aufwertung der DM die deutsche Exportwirtschaft noch härter getroffen worden, und der Verlust an Arbeitsplätzen wäre viel dramatischer ausgefallen.

Die Bankenkrise offenbart aber auch, dass sich viele Staatshaushalte vom Kurs des soliden Wirtschaftens bei der Euro-Einführung entfernt haben. Den Anfang hatte ausgerechnet Deutschland gemacht, als es 2002 und 2003 die Konvergenzkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit einer Neuverschuldung von mehr als drei Prozent verletzte. Das war die falsche Politik der damaligen rot-grünen Koalition und ist nicht der gemeinsamen europäischen Währung anzulasten. Ähnliches gilt für die politisch umstrittene Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone, die SPD und Grüne gegen CDU/CSU und FDP durchsetzten.

Die Koalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte dem Euro mit den Maastricht-Kriterien ein stabiles Fundament mitgegeben, die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder hat es untergraben. Von Geburtsfehlern des Euro zu sprechen ist deshalb falsch. Ursache der aktuellen Probleme ist das Versagen der Erziehungsberechtigten in Finanzwirtschaft und Politik vor einigen Jahren. Es muss jetzt mühsam korrigiert werden.

Europa muss stärker zusammenwachsen

Währungspolitik ist auch mit der gemeinsamen europäischen Währung kein Selbstläufer, sie verträgt weder Nachlässigkeit noch Fahrlässigkeit, die sich oft hinter der Formel von der nationalen Souveränität versteckt. Dass Griechenland mit geschönten Statistiken den Euro-Beitritt erreichte, war nur möglich, weil nationale Souveränitätsrechte die europäische Kontrolle der Daten verhinderten. Nur weil nationale Souveränität europäischer Vertragstreue übergeordnet wurde, konnte der Defizitsünder Deutschland 2003 den Sanktionen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes entgehen und den europäischen Nachbarn ein schlechtes Beispiel geben.

Wer dies für die Zukunft verhindern will, kommt an weiteren Schritten der europäischen Integration nicht vorbei: Die europäische Bankenaufsicht greift in diese nationale Souveränität ebenso ein wie der europäische Fiskalpakt.

Zwei Grundsätze bleiben dabei unverzichtbar: die demokratische (parlamentarische) Legitimation und Kontrolle europäischer Entscheidungen und der untrennbare Zusammenhang von Entscheidungskompetenz und Haftungsverantwortung. Die Beachtung dieser Grundsätze beschreibt die politische Union, die mit der Währungsunion zwei Seiten der gleichen Europamedaille ausmacht.